



Das Reichsbanner

ORGAN DES REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V. UND DES FREIHEITSBUNDES E.V. BERLIN

Nr. 7/8 · Juli/August 1969 · 13. Jahrg.

Verkaufspreis DM 0,30

Resolutionen und Beschlüsse

■ Friedensgefährdend: NPD

„Was die NPD anbietet, ist antidemokratisch, arbeitnehmerfeindlich und friedensgefährdend“, heißt es in einer Resolution, die zum Abschluß einer Arbeitstagung der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der bayerischen Landeskirche zum Thema „Unbehagen an der NPD“ in Tutzing ohne Gegenstimme verabschiedet wurde.

„Die NPD betreibt unter Berufung auf das Grundgesetz die Umwandlung der parlamentarischen Demokratie in einen autoritären Staat“, wird in der Erklärung zur Begründung angeführt.

■ Lehrerverband gegen NPD-Mitglieder

NPD-Mitglieder will der Gesamtverband niedersächsischer Lehrer (GNL) in seinen Reihen nicht dulden. Die Vertreterversammlung des GNL billigte in Göttingen einen Antrag, in dem die Mitgliedschaft in der NPD und die Betätigung für diese Partei als unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in dem Lehrerverband bezeichnet wird. In dem Antrag wird eine Mitgliedschaft bei den Nationaldemokraten als verbandsschädigendes Verhalten gewertet.

■ Aus der DAG ausgeschlossen

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft lehnt eine Doppelmitgliedschaft in der DAG und in der NPD entschieden ab. Der Fraktionsvorsitzende der Nationaldemokratischen Partei (NPD) im schleswig-holsteinischen Landtag und NPD-Bundesvorstandsmitglied Karl-Ernst Lober (Schleswig) ist endgültig aus der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) ausgeschlossen worden. Einen entsprechenden Beschluß hat der Gewerkschaftsrat, das höchste ehrenamtliche Gremium der DAG, gefaßt. Zur Begründung des Ausschlusses führte der DAG-Gewerkschaftsrat an, die Gewerkschaft sei durch ihre Satzung verpflichtet, staats- und verfassungsgefährdende Einflüsse zu bekämpfen. Diese Einflüsse seien von der NPD zu erwarten.

■ Und eine Nachbemerkung . . .

Wann folgen endlich die Vertriebenen-Verbände mit einem entsprechenden Beschluß?

Bundespräsident Dr. Gustav Heinemann

bei seiner Amtseinführung in Bonn:

Ich verstehe den Unwillen über alle Trägheit in der menschlichen Gesellschaft. Zeit meines Lebens bin ich selber ein unruhiger Mensch gewesen. Ich bin es immer noch. Insoweit verstehe ich sogar die radikalen Gruppen der unruhigen Jugend. Aber gerade sie kann ich aus meiner eigenen Ungeduld nur zur Verstärkung derer rufen, die den langen Marsch der Reformen bereits vor ihnen angetreten haben und fortzusetzen entschlossen sind . . .

Nicht weniger, sondern mehr Demokratie — das ist die Forderung der Zeit. Das ist das große Ziel, dem wir uns alle und zumal die Jugend zu verschreiben haben.

Es gibt schwierige Vaterländer. Eines davon ist Deutschland. Aber es ist unser Vaterland. Hier leben und arbeiten wir. Darum wollen wir unseren Beitrag für die eine Menschheit mit diesem und durch dieses Land leisten.

Wir müssen es schaffen!

ak. Unsere I. Bundeskonferenz in Frankfurt hatte einen glanzvollen Rahmen und ein gutes Ergebnis. Alle Kameraden die an dieser Konferenz als Delegierte oder Gäste teilgenommen haben, sind damals in ihre Ortsvereine zurückgekehrt mit dem Willen, die Impulse die von dieser Konferenz ausgegangen waren, für die praktische Arbeit im Lande nutzbar zu machen.

Heute trennen uns nur noch wenige Monate von der II. Bundeskonferenz, die am 18. und 19. Oktober 1969 - nach den Bundestagswahlen am 28. September - in Bonn-Beuel stattfindet. Es ist jetzt und hier nicht der Ort und die Zeit, Rückblick auf unser bisheriges Tun zu halten und ausführlich Rechenschaft abzulegen. Aber vorweg dürfen wir uns ruhig gestehen, daß es uns nicht leicht gemacht worden ist, bei unserem Bemühen, die Organisation neu aufzubauen und die Wirksamkeit unseres Bundes zu verstärken. Es ist wahrlich ein beschwerlicher Weg den wir gehen müssen, um unseren politischen Zielen die wir uns im Reichsbanner als ein Bund aktiver Demokraten gestellt haben, näher zu kommen.

Auf jeden Fall werden auf unserer Bundeskonferenz im Oktober wichtige Entscheidungen getroffen werden müssen, die unsere künftige Arbeit betreffen. Vor allen Dingen wird sich diese Bundeskonferenz, die in einem einfachen Rahmen, als Arbeitskonferenz durchgeführt wird, nicht der Beantwortung einer Frage entziehen können, die in der I. Bundeskonferenz verständlicherweise noch nicht bündig beantwortet werden konnte. Gemeint ist eine Entscheidung darüber, ob das Gesicht sowie die organisatorische und politische Wirksamkeit unseres Bundes noch immer entscheidend von unserer Tradition geprägt sein soll, oder ob wir Ernst damit machen, die Zielsetzungen und Aufgaben unseres Bundes, die so modern und klar

in der neuen Satzung unseres Bundes, die wir in Frankfurt verabschiedet haben festgelegt sind, nicht auf dem Papier stehen zu lassen, sondern sie entschiedener als bisher in Angriff zu nehmen. Wer meint, es bei der Traditionspflege belassen zu können und allenfalls noch, sicherlich manchmal notwendige Versammlungsschutzaktivitäten zu entwickeln, wird in nicht ferner Zeit Stillstand und Rückgang in seinem Organisationsbereich feststellen können. Wir vertrauen auf die Einsicht aller Delegierten, daß sie im Interesse einer Fortentwicklung unseres Bundes eine Synthese finden, die unsere Traditionalisten und jene Kameraden die einen neuen und modernen, den heutigen Verhältnissen angepaßten Weg für die Arbeit unseres Bundes als notwendig erachten, einen wird. Zu dieser Synthese gehört auch eine Namensveränderung (nicht Namensänderung) unseres Bundes, die bei gewissenhafter Abwägung des Für und Wider nicht zu umgehen ist.

In diesen Tagen und Wochen werden viele unserer Kameraden einen geruhsamen Urlaub erleben und neue Kräfte für ihre berufliche Tätigkeit, wohl aber auch für unsere Reichsbannerarbeit sammeln. Zu den politischen Entscheidungen die im September bei der Bundestagswahl fallen, haben wir das Nötige in der letzten Nummer unseres Blattes gesagt.

„Wir müssen es schaffen!“ Das sollte die Parole unserer Kameraden in den nächsten Wochen und Monaten bis zur Bundeskonferenz sein und sie anspornen, nach der Rückkehr aus dem Urlaub und neben ihrem selbstverständlichen Wirken in den demokratischen Parteien beim Bundestagswahlkampf, für die Festigung unserer Organisation, für die Werbung neuer Mitglieder und schließlich für ein gutes Gelingen unserer II. Bundeskonferenz zu sorgen

Aufruf zum 20. Juli

In einem in Frankfurt veröffentlichten Aufruf der Aktionsgemeinschaft 20. Juli 1944, der von 101 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnet ist heißt es:

Trotz aller wissenschaftlichen und publizistischen Würdigung, trotz aller offiziellen Ehrungen des deutschen Widerstandes sei die Gefahr nicht zu verkennen, daß das Bewußtsein für das historische Phänomen der Widerstandsbewegung und ihre fortwirkende geistige und politische Bedeutung in unserem Volk schwinde.

Gewiß werde der 25. Jahrestag des 20. Juli zahlreiche Manifestationen des Gedenkens auslösen, es sei aber zu befürchten, daß von diesen Bemühungen allein keine nachhaltige Wirkung ausgehe und daß die Existenz eines innerdeutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus immer stärker aus dem allgemeinen Bewußtsein verdrängt werde. Die Aktionsgemeinschaft sieht es als ihre Aufgabe an, das Gedankengut des Widerstandes über den Wechsel der Generationen hinaus lebendig zu erhalten, ein Vermächtnis, das in der Besinnung auf elementare Menschlichkeit, dem Beispiel unterschiedener Überzeugungstreue und der Vertiefung rechtsstaatlichen Denkens besteht.

Der Sprecher der Aktionsgemeinschaft, von Schwerin, äußerte Beunruhigung über die politische Entwicklung in der Bundesrepublik, über die zunehmende politische Abwertung des innerdeutschen Widerstandes gegen die nationalsozialistische Herrschaft und über den „zunehmenden Mangel an Rechtsbewußtsein der deutschen Justiz. Eine Radikalisierung des politischen Lebens sei unverkennbar. Das Schlagwort von der „inneren Versöhnung des deutschen Volkes“ führe dahin, die Verbrechen der nationalsozialistischen Herrschaft zu verharmlosen und die historische Bedeu-

tung der innerdeutschen Opposition gegen Hitler zu relativieren. Das Rechtsempfinden, so fuhr von Schwerin fort, sei derart verschwommen geworden, daß es allgemein üblich geworden sei, die Nachkriegsurteile gegen Naziverbrecher als Racheakt und die Gesetze, nach denen sie gefällt worden seien, als ad-hoc-Gesetze herabzuwürdigen.

Der Sprecher kündigte an, die Aktionen der Aktionsgemeinschaft 20. Juli 1944 würden nicht spektakulär sein. Die bisherige finanzielle Unterstützung wirke beschämend, wenn man sie mit den Mitteln vergleiche, die neofaschistischen Organisationen zur Verfügung stünden. Die Aktionsgemeinschaft will sich zum 25. Jahrestag des 20. Juli der Öffentlichkeit durch Zeitungsanzeigen vorstellen und eine Broschüre verteilen, die in provozierender Weise die konkrete Idee des politischen Widerstands zur Diskussion stellen will.

Das „Hilfswerk 20. Juli 1944“, mit dem die Aktionsgemeinschaft eng zusammenarbeitet, will am 19. Juli an der Hinrichtungsstelle Plötzensee in Berlin eine Gedenkstunde veranstalten, bei der Bundespräsident Heinemann seine erste öffentliche Rede halten werde. Eine zweite Veranstaltung der Stiftung, bei der Karl Zuckmayer sprechen wird, findet am 20. Juli in der Stauffenberstraße in Berlin, der ehemaligen Bendlerstraße, statt. Der neue Vorsitzende der Stiftung Hilfswerk, Fritz Sänger, der an die Stelle des vor zwei Monaten gestorbenen Emil Henk getreten ist, erklärte nach einer Tagung der Organisation, die historische Erforschung des deutschen Widerstandes habe erst in den letzten Jahren wirklich begonnen.

Nationalismus ist Gift für unser Volk

Reichsbanner verurteilt Gewalttätigkeiten der ApO

In einer am Dienstag den 27. 6. in Frankfurt veröffentlichten Erklärung hat der Ortsverein des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold die bei Demonstrationen der Antiparlamentarischen Opposition und sonstiger antidemokratischer Kräfte verübten Gewalttätigkeiten verurteilt. Der Ortsverein in seiner Verlautbarung: „Es geht den terroristischen Gruppen allein darum, durch Sachbeschädigung und sonstige Provokationen Aufruhr zu inszenieren, die demokratische Rechtsordnung zu untergraben und den demokratischen Staat zu zerschlagen“.

Das Reichsbanner billigt den „angemessenen Einsatz“ von Polizei bei „antidemokratischen“ Aktionen der ApO. Nur durch Sicherheit im Staat könnten Reformen verwirklicht werden, die eine Entfaltung der freiheitlichen Demokratie möglich machen. Die Frankfurter Polizei habe ihre Aufgaben vorbildlich erfüllt.

Gegen die Aufrührer!

„Maßgebende Einpeitscher der ‚El Fatah‘ waren einst Hitlers Helfershelfer im arabischen Raum zur Vorbereitung der faschistischen Ausdehnung im Nahen Osten. Die jetzigen Aktionen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) und der ‚El Fatah‘ bei den terroristischen Vorgängen an den Universitäten in Frankfurt und Hamburg erinnern uns drastisch an den SA- und SS-Terror in der Zeit der Weimarer Rpublik. Wir fordern daher die verantwortlichen Politiker und die zuständigen Behörden auf, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, damit die Bundesrepublik nicht dem gleichen Schicksal zusteuert wie die Weimarer Republik.“ So heißt es in einer Entschließung des Bundesvorstandes des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V.“, die auf einer Sitzung in Frankfurt verabschiedet und der Presse übergeben wurde.

„Die Angehörigen der El Fatah“ — so heißt es in der Entschließung weiter —, „als einer ausländischen Untergrund- und Terrororganisation, müssen aus der Bundesrepublik ausgewiesen werden. Die Duldung ihres offenen terroristischen Auftretens in der Bundesrepublik schadet unserem Staat nicht nur in der Weltöffentlichkeit, sondern läßt die Menschen in der Bundesrepublik auch an den Willen zur Selbsterhaltung unserer Demokratie zweifeln. Die Fortdauer der terroristischen Aktionen der SDS und die ständigen Aufrufe zu staatsfeindlichen Aktionen, die unbehelligt vorbereitet werden dürfen, lassen eine kleine terroristische Gruppe als privilegierte Klasse entstehen, die sich auf Kosten der Demokratie eine Machtstellung aufbauen kann. Wir fordern deshalb die Anwendung der verfassungsmäßigen Mittel zur Wiederherstellung der gleichen Rechte für alle, wir fordern die Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung in den Selbsterhaltungswillen unseres demokratischen Staates.“

Reichsbanner und SPD — eine gute Erklärung

Zu Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß über den angeblich geplanten Einsatz des Reichsbanners als „Schutztruppe der SPD“ stellte ein Sprecher des SPD-Vorstandes am 13. 6. fest:

„Die Behauptungen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß sind unzutreffend. Das Reichsbanner ist nach seinen Statuten eine überparteiliche Organisation. Dem Reichsbanner, das sich selbst als „Bund aktiver Demokraten“ bezeichnet, gehören Mitglieder und Anhänger sämtlicher deutscher demokratischer Parteien und der Gewerkschaften an. Dies schließt eine Betätigung als „Schutztruppe oder Hilfstruppe“ einer einzelnen Partei selbstverständlich aus. Vielmehr hat diese Organisation selbst ihre Aufgabe eindeutig dahingehend definiert, möglichst viele Mitbürger von der Notwendigkeit eines Engagements für unseren demokratischen Rechtsstaat und gegen seine Bedrohung von rechts oder links zu überzeugen.“

II. Bundeskonferenz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Bund aktiver Demokraten e. V.

18. und 19. Oktober 1969 in Bonn — Beuel

Wählt die Delegierten und spart für die Teilnahme
an der Bundeskonferenz

Vom common sense bis zum common purpose

„Diese hochintelligente Überschrift ist die erste Frucht unserer Bildungsarbeit. Der Artikel „Demokratie und Sachverwaltung“ in unserer Mai-Ausgabe ist uns durch die Redaktion als „ausgezeichnete Diskussionsgrundlage für unsere Bildungsarbeit“ empfohlen worden. Dem hat die letzte Versammlung der Offenbacher Reichsbannerkameraden entsprochen. Das Ergebnis sei hier kurz zusammengefaßt:

Der Auszug aus der Rede des Professors von Hentig enthält gewiß allerlei Wahrheiten und Erkenntnisse, die sowieso selbstverständlich sind. Wenn man sie akademisch verbrämt, klingen sie natürlich sehr viel gescheiter. Wer mangels eines 12-Semesterstudiums ganze Absätze dieser Ausführungen nicht versteht, dem ist erlaubt, ehrfurchtsvoll zu staunen.

Wir erfahren also, daß in unserer „interdependenten und hochrationalisierten Gesellschaft Demokratisierung die Auflösung unöffentlicher Herrschaft ist.“ Demokratie sei selbst eine Demokratisierung. Vor allem wird dabei „eine sich verabsolutierende Sachverwaltung durch den **common sense** kritisiert und wieder in den **common purpose** einbezogen“.

Da die Durchsetzung solcher Demokratisierung ohne Lernprozeß nicht möglich ist — so Prof. von Hentig —, bringt er uns etwas dümmlichen Laien die näheren Einzelheiten bei. Wir erfahren, daß „die institutionelle Form des permanenten Aufruhrs die direkte Dauerentscheidung in dauernder Direktkompetenz“ ist.

Nachdem wir uns mit Hilfe dieser und noch weiterer gescheiten Ausführungen von Prof. von Hentig haben bilden lassen, sind wir inzwischen ein wenig klüger geworden. Ganz unakademisch stellen wir fest, daß der Herr Professor an seinem eigenen Strick gedreht hat.

Er selbst stellte eingangs fest, daß die „verwissenschaftlichte Welt“ in der Sachverwaltung durch Sachkenntnis in Widerspruch zur Demokratie, zur Herrschaft des Laien, gerät. Wenn er zur Selbsterkenntnis kommt, daß er mit seinen Ausführungen zu dieser „verwissenschaftlichten Welt“ gehört im Widerspruch zur Demokratie und damit am eigenen Strick hängt, dann wäre schon wieder ein Stückchen Demokratie gewonnen, nämlich ganz in dem angeführten Sinne:

Demokratie ist die Herrschaft des Laien und nicht der Diktatur von Oberstudierten, die sich in immer neuen verwickelteren Ausführungen gefallen.

Wer kann es ihnen aber verübeln, wenn heute schon ganze Regimenter Theoretiker der Demokratie die Diskussion als Lebensexistenz betreiben und weitere Regimenter sich schon auf der Uni lebhaft auf den Eintritt in diese neue Klasse vorbereiten. Der „Laie“, der ja eigentlich die Herrschaft

des Volkes, die Demokratie, darstellen soll, stellt unentwegt das Sozialprodukt her, um diese neue Klasse zu erhalten, auf daß sie sich seiner annimmt in obergescheiten Belehrungen über die Demokratie . . .

England, ein Land ohne Verfassung und ohne Berufstheoretiker in Demokratie, übt sich seit Jahrhunderten recht und schlecht in praktischer Demokratie. Eine Demokratie des Lebens!

Deutschland, ein Land der Perfektion, ein Land der Über-Vollkommenheit in allem, was es plant, zweifelt mit Hilfe seiner zahllosen Berufstheoretiker an der praktischen Demokratie, **weil es eine perfekte Demokratie überhaupt nicht gibt!** Die akademischen Haarspaltereien en detail und en gros (um auch einmal gescheit zu formulieren) werden unsere Demokratie noch zu Tode theoretisieren.

W. Kaiser

Anmerkung der Redaktion: Wir bitten unsere Leser, die Ausführungen von Prof. von Hentig in der Mai-Nummer nochmals **genau** zu lesen und sie dann mit den Zitaten und Sinndeutungen im obigen kritischen Artikel zu vergleichen. Der Artikel von Prof. von Hentig hat gerade auch von „nichtstudierten“ Kameraden Zustimmung erfahren. Die Diskussion wird fortgesetzt.

Heruntergespielt?

„Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Überprüfung von Vorkommnissen, bei denen Korruption vermutet wird, ist eine Angelegenheit, die jeder Demokrat nur begrüßen kann, wenn sie zur Aufklärung der Angelegenheit und zur evtl. Verfolgung der Übeltäter führt. Soeben hat ein hierfür eingesetzter Ausschuß eine solche Angelegenheit abgeschlossen und im Bundestagsplenum berichtet. Ich will hier nicht feststellen, ob nach meiner Auffassung die Ausschußmehrheit oder -Minderheit mit dem jeweiligen Bericht zu zutreffenden Feststellungen gekommen ist, sondern auf ein Vorkommnis hinweisen, das Aufsehen erregt hat. Der Bundestagsabgeordnete Kern, der für die Mehrheit der Ausschußmitglieder sprach, die sich aus Abgeordneten seiner Partei und einer anderen Partei zusammensetzte, fand nicht die Zustimmung der offiziellen Sprecher seiner Fraktion, ja die tadelnden Bemerkungen eines dieser Sprecher, sowohl an die Ausschußmehrheit und Minderheit gerichtet und in eine allgemeine Form gekleidet, waren erstaunlich. Kern und seine politischen Freunde standen allein. Warum dieser Tadel, dieses „Abrücken“ erfolgte, darüber hörte man eine geschickte Begründung. Aber sie befriedigte nicht; man vermutete die Absicht — und ist verstimmt. Das ist auf jeden Fall meine Meinung.“

W. Demuth

„Es ist etwas Merkwürdiges mit der Kritik und der politischen Objektivität. Ein Mensch, der sich über den Vormarsch des Herrn von Thadden und seiner Mannen besorgt zeigt und den es verblüfft, daß es in einer Demokratie unbeanstandet möglich ist, daß braune Helden vor den Hinrichtungsstätten von Kriegsverbrechern in Landsberg Gedenkstunden abhalten, ein Mensch, der darüber sinnt, daß eine Kommunalverwaltung unserer Tage braunen Brunnenvergiftern Säle zur Verfügung stellt, daß Richter — im Weigerungsfalle — diese Säle weithin öffnen, sollte unbedingt auch darüber Empörung zeigen, daß Studenten unverständliche Dinge tun. Sonst macht er sich verdächtig. Ein Mensch, der Fehlentscheidungen der Jugend anders beurteilt als die bewußte Strategie der NPD, gilt als besonders verdächtig; er ist auf dem linken Auge blind, heißt die gängige Vokabel. Stimmt das? Wer beide Augen zum Sehen nutzt, sollte erkennen: Die Gefahr, die von wohlhabenden bartlosen und konventionellen Neonazis in unserer Wohlstandsgesellschaft ausgeht, ist unvergleichlich viel größer als der Einfluß linker „Revolutzler“. Gegen Barträger, die außerhalb bürgerlicher Konvention und Konfektion marschieren, ruft die Mehrheit nach dem Knüppel, wie Franz Josef Strauß, möchte sie jeder liebend gern zum Baden und Rasieren zwingen. Gammler und Barträger haben den Bürger von Hause aus gegen sich. Wenn der glattrasierte Thadden im weißen Mercedes durch die Straßen rollt, findet er im tiefsten Herzen des Bürgers Verständnis. Thaddens platte Vokabeln erfordern kein Denkschema, sind simpel und einleuchtend: Ruhe und Ordnung, Todesstrafe und Sauberkeit. Welcher deutsche Bürger möchte da nicht jubelnd zustimmen? Vergessen wir nicht: Himmler und Hitler, Heydrich und Göbbels waren glatt rasiert, gewaschen und gekämmt — sie warfen keine Farbeier und wurden aufgenommen in die Gemeinschaft der Bürger, Pastoren und Richter. Der Führer wohnte auf dem Obersalzberg und in den Herzen aller Deutschen . . . Hitler — so schwor er vor dem Reichsgericht — wollte legal an die Macht, und die Demokratie hat es gesegnet. Mehr will Herr von Thadden auch nicht, und geschossen hat bisher nur Josef Bachmann, der das Bild Hitlers tief im Herzen trug.“

(Horst Cornelsen in Berliner Stimme — SPD — Nr. 25/19)

Werbt neue Kameraden! Gründet neue Ortsvereine und Stützpunkte!

Beachtet hierzu unsere Mitteilungen: „Aus der Organisation- für die Organisation,“ in Nr. 4 (April 1969) unseres Blattes.



Mitteilungen
des
Bundesvorstandes
der
Landesverbände
und Ortsvereine

Bremen/Weser-Ems

Die Geschäftsstelle befindet sich bei dem Landesvorsitzenden Dieter Westermann, 28 Bremen, Plettenberger Weg 18 Telefon 0421 — 44 07 33.

Am Tag der Deutschen Einheit wurde in Verden/Aller die Delegiertenkonferenz des Landesverbandes durchgeführt. Neben dem Bericht über die letzte erweiterte Bundesvorstandssitzung wurde über die Vorbereitungen zur II. Bundeskonferenz in Bonn-Beuel beraten. Ein besonders Interesse fand die öffentliche Behauptung des CSU-Vorsitzenden Strauß, das Reichsbanner sei eine Schutztruppe der SPD, obwohl das Reichsbanner sowohl nach seinen Statuten wie in der Praxis als auch nach seiner Tradition ein überparteilicher Bund ist. Die Konferenz war einhellig der Auffassung, daß die Äußerung des CSU-Vorsitzenden bestenfalls aufgrund der bayerischen Vorgänge hinsichtlich der Existenz eines CSU-Wahlkampfeschutzes als eine Schutzbehauptung zu werten ist. Die Delegierten forderten den Bundesvorstand auf den unrichtigen Behauptungen Strauß' mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Bremen

Zu der am 9. August stattfindenden Mitgliederversammlung geben wir nähere Einzelheiten durch besonderes Rundschreiben bekannt.

Bremen — Stadtkreis Ost

Sonntag, 3. August 10.15 Uhr Tischgespräch mit Freunden in der Gaststätte Verdenerstraße.

Bremen — Jugendbund

Zum ersten Gruppenabend nach unserer Urlaubsfahrt wird besonders eingeladen.

Verden/Aller

Sonnabend, 9. August pünktl. 19.30 Uhr Mitgliederversammlung in der Gaststätte „Schwarzer Bär“ Bremerstraße.

Hessen

Frankfurt

Samstag dem 16. 8. 1969, pünktl. 15 Uhr Mitgliederversammlung im „Bornheimer Ratskeller“ Tagesordnung: 1. Was können wir im Interesse des demokratischen Staates beim Bundestagswahlkampf tun? 2. Wahl der Delegierten zur II. Bundeskonferenz am 18. und 19. 10 1969 in Bonn-Beuel

Nordrhein-Westfalen

Abrechnungen der Ortsvereine, Stützpunkte und der Einzelmitglieder müssen über den Landesverbandskassierer Adolf Prangenberg, 53 Bonn, Flensburger Str. 68 gehen. Girokonto der Städt. Sparkasse Bonn Nr. 76422 (Adolf Prangenberg w/ Reichsbanner). Alle Zuschriften den Landesverband betreffend, gehen an August Kerger 53 Bonn, Nikolausstraße 17, Telefon 0221 — 22 97 15 (abends) Es wird dringend um gute Beitragskassierung und regelmäßige Abrechnung an den LV gebeten. Die Delegiertenzahl zur Bundeskonferenz ist hiervon abhängig.

Leverkusen

Samstag, 9. August, 19.15 Uhr Mitgliederversammlung beim Kameraden Karp, Gasthaus Petersbergstr. 41. Tagesordnung: Die II. Bundeskonferenz in Bonn-Beuel mit Wahl der Delegierten und organisatorische Fragen. Es ist Gelegenheit zur Beitragszahlung. Im Anschluß an unsere Versammlung findet ein geselliges Beisammensein mit Familienangehörigen statt.

Bonn

Am 20. Juli ehrten die Bonner Kameraden die Opfer des Faschismus durch eine Kranzniederlegung am Mahnmahl im Stadtgarten. Zur nächsten Versammlung wird wiederum durch Rundschreiben besonders eingeladen.

Krefeld

Alle ehemaligen Kameraden und neue Freunde, die dem Bund wieder beitreten wollen, wenden sich an Albert Machost, 414 Krefeld, Prinzenberstr. 111, Telefon 6 43 95 oder Johannes Dirckes, 415 Krefeld, Schneiderstr. 70, Telefon 2 61 07.

Paderborn

Neue Freunde melden sich beim Stützpunktleiter Josef Weiß, 479 Paderborn, Ansgarstraße 26.

Wuppertal

Alle Zuschriften an W. Kluge, 56 Wuppertal-Elberfeld, Uellenbergplatz 4.

Ratingen

Alle Zuschriften für den Stützpunkt an W. Kaynig, 403 Ratingen, Am Ostbahnhof 10.

Dortmund

Ehemaligen Kameraden und neue Freunde aus den Reg.-Bez. Münster und Arnsberg melden sich bei Paul Höbener, 46 Dortmund, Bruderweg 9, Tel. 52 76 88/99.

Düsseldorf

Frühere Kameraden und neue Freunde wenden sich an Dr. Middelhaufe, 4 Düsseldorf-Oberkassel, Kaiser-Friedrich-Ring 68, Telefon 5 22 64.

Leichlingen

Zuschriften für den Stützpunkt an Herbert Grafe, 5672 Leichlingen, Grafenberger Weg 9.

Fragen an manchen Ortsverein:

- Finden regelmäßig Mitglieder- und sonstige Versammlungen statt?
- Wird zu den Versammlungen schriftlich und im Versammlungskalender der örtlichen Zeitungen eingeladen?
- Werden die Beiträge pünktlich bezahlt oder kassiert, und besteht zur Erleichterung der Zahlung ein Girokonto bei einem Geldinstitut?
- Werden die Beiträge pünktlich, je nach den vorgesehenen Regelungen, über den Landesverband oder den Bundesvorstand direkt abgerechnet?
- Wieviel bezahlte Zeitungen werden bezogen und könnten es nicht mehr sein?
- Was geschieht bezüglich der Mitgliederwerbung?
- Welche Folgerungen wurden bisher schon aus den in der April-Nummer unseres Blattes veröffentlichten vielen Anregungen für die praktische Arbeit gezogen?

Überprüft bitte den Stand der örtlichen Organisation und sorgt für Abhilfe dort, wo die vorstehend gestellten Fragen unbefriedigend beantwortet werden müssen.

Berichtigung

Im Leitartikel in Nr. 6 wurde wiederholt vom „Wahltermin 9. November“ gesprochen; selbstverständlich muß es heißen: **28. September**. Am 9. 11. 1969 finden nur die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen statt.

Wie in den vergangenen Jahren erscheint für die Monate Juli und August nur die vorliegende Nummer unseres Blattes. Beiträge für die Septemhernummer werden möglichst bis Ende August an die Redaktion erbeten. Das betrifft auch den Versammlungskalender.

Das Reichsbanner

Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold,

Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V., Berlin

Nr. 7/8 Juli-August 1969 — 13. Jahrgang

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand, 6 Frankfurt am Main, Reineckstr. 7, Telefon: (0611) 29 41 61.

Verantwortlicher Redakteur: August Kerger, 53 Bonn, Nikolausstraße 17/II, Telefon: (02221) 22 97 15

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung:

VW Industrie- u. Verkehrswerbung GmbH & Co. KG., 6000 Frankfurt am Main, Fürstenberger Straße 157, Telefon: (0611) 55 80 36

Druck: Hermann Meister KG, Heidelberg

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar. — Für unverlangte Manuskripte, denen wir Rückporto beizufügen bitten, keine Gewähr. Alle Manuskripte und sonstige Leserzuschriften sind an die Redaktion: 53 Bonn, Nikolausstraße 17, zu richten.